

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die Spalte. Colonnellen für Arbeitsgehalte 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schreibleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Nachnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 24.

Duisburg, den 10. Juni 1916.

17. Jahrgang.

Der Arbeiter als Soldat

Der Weltkrieg hat mit vielen alten Meinungen und Ueberlieferungen gründlich ausgeräumt, die sich in ihm eben nicht mehr als zutreffend erwiesen. So erging es auch der vielverbreiteten Ansicht, daß die Industriebevölkerung weniger gut sich zum Heeresdienst eigne als die gesunde, kräftige Landbevölkerung. Wenn nun auch schon das Tauglichkeitsverhältnis zwischen Industrie- und Landbevölkerung hätte zu denken geben sollen — im industriellen Rheinland betrug die Zahl der vollständig Untauglichen 1913 5,7 Prozent, im ländlichen Westpreußen dagegen 6,4 Prozent — so zeigte doch erst der Weltkrieg in überlegener Weise die Brauchbarkeit des Industriearbeiters als Soldat. Ein Mann der Praxis, der Batterieführer Dietrich hat in längeren Ausführungen sich gerade mit diesem Thema befaßt, dessen Hauptgedanken wir hier folgen lassen.

„Das moderne Heer ist eine weitverzweigte, umfassende Organisation, die für alle Bedürfnisse von hunderttausenden Menschen Vorsorge treffen muß. Da braucht man Bäcker, Schneider, Schuhmacher, Sattler, Tischler, Zimmerleute, Schlosser, Schmiede, Mechaniker, Maurer, Eisenbahner — kurzum Arbeiter fast aller Gewerbe. Viele tausend Industriearbeiter setzen als Soldaten einfach die Tätigkeit des Friedens fort.

Aber auch bei den eigentlichen Kampfstreupen ist der Industriearbeiter von großem Werte. Der Krieg ist technisch ungemein entwickelt. In ihm siegt nicht mehr die rohe Kraft, sondern die Ueberlegenheit der Menschen und die Anpassung des Menschen an die technischen Möglichkeiten.

Jedes Gewehr ist eine kleine genau gearbeitete Maschine, jede moderne Kanone ein technisches Wunderwerk, jeder Schützengraben mit seinen Holz- und Eisenbauten, seinen Maschinengewehren, Beleuchtungsapparaten und Minen eine technische Anlage, die von einer Fabrik nicht gar so verschieden ist. Die Soldaten, die die Kriegsmaschinen bedienen, brauchen technische Fertigkeiten, die der Industriearbeiter von Haus aus mitbringt. Das ist der Grund, weshalb die Arbeiter in diesem Kriege so viel zu leisten vermögen. Ihre in der Friedenszeit erworbenen Fertigkeiten werden zu den furchtbarsten Waffen des Krieges.

Gewiß erlernt der Bauer das Schießen oder das Werfen von Handgranaten nicht minder gut wie der Arbeiter; aber dieser kann sich außer bei diesen oder ähnlichen einfachen Herrichtungen noch durch viele andere technische Fertigkeiten nützlich machen, so daß er an Brauchbarkeit die Angehörigen aller anderen Klassen übertrifft.

Im allgemeinen trifft die gesteigerte Verwendbarkeit des Arbeiters schon bei der Infanterie zu. Wie nun gar erst bei der Artillerie und den technischen Waffen! Hier ist ohne Industriearbeiter fast gar nicht mehr auszukommen. Ich habe im Felde oft selbst die Erfahrung machen können, wie nützlich es ist, Industriearbeiter unter der Mannschaft zu haben. Während des Baus von Batterien leisteten die Arbeiter aller Baugewerbe große Dienste. Ebenso war es bei der Herstellung von Unterständen. Beim Telephon brauchte man Mechaniker und Schlosser. Bei der Bedienung der Geschütze, der Konfervierung des Materials und der Munition waren Metallarbeiter aller Grade hochwillkommen. Gar nicht zu reden von dem Nutzen, den Bäcker, Schneider, Schuhmacher bei der Versorgung mit Lebensbedürfnissen aller Art schaffen konnten. So war ich immer sehr froh, wenn unter der Mannschaft möglichst viel Industriearbeiter waren. Ebenso wie mir ging es allen andern Batteriekommandanten.

Bauern konnten uns z. B. lange nicht solche Dienste leisten wie Arbeiter. Ihre berufliche Arbeit kommt im Felde nicht in Betracht, weil das Heer sich doch gewöhnlich nicht selbst die Felder bestellen kann. Alle andere Arbeit ist aber eine Art gewerblicher Arbeit und erfordert mehr oder weniger jene technischen Fertigkeiten, über die der Industriearbeiter verfügt. Er ist vertraut mit der Handhabung von Werkzeugen und Maschinen, versteht die Behandlung von Holz und Metallen und vor allem — das ist besonders wichtig — er lernt verhältnismäßig rasch mit den so hoch entwickelten modernen Kriegswaffen umzugehen. Der Industriearbeiter bedient im Kriege Geschütze, Maschinengewehre, Beleuchtungsapparate, wie er im Frieden Drehbänke,

mechanische Säbmer oder andere Maschinen bedient. Er kann sich bei leichten Störungen, wie sie immer vorkommen, rascher helfen, er hat gewohnheitsmäßig die Geduld und Päßigkeit erworben, die nötig ist, um aus den Maschinen den größten Ertrag herauszuholen.

Es fällt mir natürlich nicht ein, sagen zu wollen, daß die Landkrieger keine guten Soldaten sind. Ihre Ausdauer, ihr Pflichtgefühl, ihre Hingabe in allen Ehren! Aber morauf ich aufmerksam machen will — und was neben mir viele tausend Soldaten ebenso wie ich selbst erfahren haben — ist die Tatsache, daß im modernen, technisch entwickelten Kriege der Soldat mit gewerblich-technischen Kenntnissen naturgemäß eine viel reichere Verwendungsmöglichkeit besitzt, als der andere.

Noch auf eine weitere militärisch vorteilhafte Eigenart des Arbeiters sei hier verwiesen: Als ich einmal einen Streit unter den Soldaten meiner Batterie schlichten mußte, machte mich ein separatistisch organisierter Fische mit Recht darauf aufmerksam, um wie vieles leichter es den an das Zusammenleben und Zusammenarbeiten mit andern Menschen gewöhnten Industriearbeitern gelinge, sich zur Verträglichkeit und Kameradschaftlichkeit zu entwickeln, als dies bei Angehörigen anderer Klassen der Fall ist.

Man wird vielleicht einwenden, daß es andererseits doch auch auf die körperliche Leistungsfähigkeit des Soldaten ankomme, und daß darin gewöhnlich der schlecht genährte, stadtgewohnte Industriearbeiter zurückstehen werde. Demgegenüber muß erstens darauf verwiesen werden, daß die schwerste körperliche Arbeit des Soldaten, das lange Marschieren, durch die Entwicklung der Beförderungsmittel einigermaßen erleichtert wurde. Die Truppenmassen werden mit Eisenbahnen und Kraftwagen hunderte Kilometer weit fortgeschafft, die sie früher zu Fuß zurücklegen mußten. Und zweitens scheint die Angewöhnung an Marsche bei den Stadtmenschen, die zum großen Teile vordem leidenschaftliche Liebhaber von Spaziergängen und Bergtouren waren, durchaus nicht um vieles langsamer zu gehen, als bei den durchschnittlich etwas schwerkäufigeren Landbewohnern.

So kann man zusammenfassend wohl sagen, daß die Industriearbeiterschaft das, was ihr vielleicht (die statistischen Untersuchungen darüber sind noch nicht zu einem einheitlichen Ergebnis gelangt) an körperlicher Eignung zum Heeresdienst mangelt, reichlich durch vermehrtes gewerbliches Können und rasches Anpassen an die technischen Notwendigkeiten des modernen Krieges aufwiegt.

Das schreibt ein Mann aus dem Felde, der aus eigener Erfahrung die Vorzüglichkeit der Industriearbeiter schätzen gelernt hat und damit den vielen Leistungsfähigkeiten, die vom grünen Tisch aus dem Volke vorgelegt wurden und sehr häufig das Gegenteil besäßen, als unrichtig darstellt. Aber die Arbeiterschaft wäre auch nicht so gesund und kräftig in den Krieg gezogen, wenn wir in Deutschland nicht eine Sozialpolitik hätten, die die Gesundheit der Arbeiter in weitem Maße schützt durch Gesetze, Verordnungen, Heilanstalten usw. Und gerade gegen diese Sozialpolitik laufen zahlreiche Kreise Sturm und allen voran die Großindustrie, die jedesmal durch ihr Organ, die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ Peter und Morbio schreit, wenn nur das Wort „Sozialpolitik“ fällt oder gar von einer Erweiterung derselben gesprochen wird. Wir hätten einmal sehen wollen, wohin Deutschland ohne Sozialpolitik gekommen wäre? Dann ständen ihm nicht die gesunden, kernhaften Massen zur Verfügung, die es jetzt hat, und die ihm den Sieg gewinnen und seine Existenz sichern. Unterernährte, kraftlose Menschen halten die Strapazen wahrlich nicht aus. Eine der vornehmsten Taten der Gewerkschaften ist das unermüdbare Eintreten für einen Fortschritt in der Sozialpolitik. Vieles haben sie erreicht, vieles bleibt noch zu tun. Das Ziel aber wird erreicht, wenn die Arbeiterschaft sich geschlossen in den Gewerkschaften findet und ihre Rechte erkämpft.

Die Arbeiten des Reichstags

sind infolge des Wechsels in den verschiedenen Reichsämtern, durch Unstimmigkeiten in Steuerfragen in ihrer Erledigung etwas verzögert worden. Die Geschäftslage hat sich inzwischen so verbessert und die Arbeiten sind so weit fortgeschritten, daß die gegenwärtige Session noch vor Pfingsten beendet werden kann.

An Stelle des bisherigen Staatssekretärs des Innern, Dr. Deßbrück, ist der bisherige Reichsfinanzsekretär Dr. Helfferich getreten, der zugleich als Stellvertreter des Reichskanzlers bestimmt worden ist. In seiner Antrittsrede am 21. Mai 1916 hat er den Reichstag um Unterstützung bei Erfüllung seiner großen Aufgaben. Der vorsichtige und äußerst gewandte Staatsmann unterließ es zunächst, ein Programm für seine zukünftige Tätigkeit und Aufgaben seines Amtes vorzulegen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt, im Hinblick auf die unsicheren Verhältnisse im Wirtschaftsleben, wäre das auch eine ziemlich schwierige und unzuverlässige Sache.

Mit dem Personalwechsel im Reichsamt des Innern erfolgte zugleich eine Abtrennung durch Errichtung eines besonderen

Kriegs-Ernährungsamtes.

Diesem werden alle die Maßnahmen übertragen, die zur Sicherung unserer Volksernährung anzuordnen notwendig sind. Das neue Amt ist völlig selbständig und untersteht lediglich der Aufsicht des Reichskanzlers. Wie der ernannte Präsident dieses Amtes, Erz. Batocki (sprich Batozki), aber in der Hauptauschuss-Sitzung (25. Mai) betonte, ist die Mitwirkung der bundesstaatlichen Regierungen und Behördenorganisationen wie der gesamten Bevölkerung nötig, um seine Tätigkeit zu einer wirksamen zu gestalten. Unsere Lebensmittellappheit könne weder mit einem Faustschlag noch durch einen Fingerdruck oder, wie wir früher schon mal ausgeführt haben, durch Vielrederei beseitigt werden. Batocki beabsichtigt, die Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung in den großen Wohnzentren durch Massenverpflegung durch Einrichtung von Großküchenanstalten mit Hilfe der Kommunen unter Mitwirkung des Reiches, zu erleichtern. Weiter soll eine bessere Verteilung der Vorräte an die Verbraucherstellen ermöglicht sowie das Verordnungsverfahren vereinfacht werden. Der neue Herr, der als Regierungspräsident von Ostpreußen in der jetzigen schwierigen Zeit sich bewährt hat, fand mit seinen ersten Rede eine gute Aufnahme im Hauptauschuss. Der Präsident des Ernährungsamtes ist mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet und entscheidet nach kollegialer Beratung mit dem stehenden oder neungliedrigen Vorstand selbstherrlich. Die Vorstandsmitglieder werden vom Reichskanzler ernannt. Eine ehrende Anerkennung der christlichen Arbeiterbewegung ist in der Berufung des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften, Adam Stengerwald, in den Vorstand zu erblicken. Eine leichte Arbeit wird auch da unser Freund nicht finden.

Der Etat für das Reichsamt des Innern ist erledigt. Bei dessen Beratung wurden auch die schon früher mitgeteilten Beschlüsse des Wohnungsausschusses zur Reform des Wohnungswesens fast einstimmig angenommen.

Bei den Beratungen empfahl Kollege Wiesberts die bereits im Hauptauschuss angenommene Entschliessung auf Feststellung der während des Krieges in der Industrie beschäftigten Frauen, Jugendlichen und Kinder. Bei aller Anerkennung für die aufopfernde Tätigkeit der Frauen müsse deren vermehrte Tätigkeit doch gesundheitliche Bedenken erregen. Der Eigenart der Frau in den Betrieben soll Rechnung getragen, die Arbeiterschutzvorschriften demgemäß angewendet und ihre Einhaltung durch die Gewerbeinspektoren kontrolliert werden. Nach dem Kriege müßten alle Schutzbestimmungen in Kraft treten und wo nötig verschärft werden. Die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in der Schwerindustrie sei nur zuzulassen, wenn alle Bedingungen für den Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit erfüllt sind. Die diesbezüglichen Entschliessungen wurden sodann vom Reichstag mit großer Majorität angenommen.

Unterstaatssekretär Richter betonte, daß der Reichskanzler auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 Ausnahmen von den Arbeiterschutzbestimmungen zugunsten der Frauen und Kinder zuzulassen allgemein nicht für nötig gehalten habe. In besonders dringenden Fällen könnten die zuständigen Behörden allerdings Ausnahmen zulassen. Im Reichsamt des Innern werde aber Wert darauf gelegt, daß die Arbeiterschutzbestimmungen eingehalten und durchgeführt werden. Ueber das Nachtarbeitsverbot werde nach dem Kriege endgültig entschieden.

Auch der Forderung, den Konfessionsarbeitern ebenfalls Unterstützung zu gewähren, wurde der

Zeitlabbettern, wird entsprochen. Ministerialdirektor Caspar erinnerte an die diesbezügliche kürzlich erlassene Bundesratsverordnung.

Als parlamentarische Ereignis darf angesprochen werden die Rede des verdienten Sozialpolitikers Dr. Hise, ihres Inhaltes wegen, als auch deshalb, weil dieser hervorragende, in den Ausschüssen unermüdtlich tätige Abgeordnete nach 12-jähriger Pause wieder einmal die offene Reichstagstribüne bestieg. Den Anlaß dazu gaben ihm zwei vorgelegte Resolutionen Wasser- und Bergbau auf Einrichtung einer dauernden und allgemeinen Reichs- und Wochenhilfe, sowie gesetzliche Regelung des Mutter- und Säuglings-schutzes, sowie der Geburtshilfe. Hise betonte, daß so aus dem Handgelenk heraus diese wichtigen und schwierigen Fragen nicht gelöst werden könnten. Die vielen Anträge lassen nur eine oberflächliche Beratung zu. Statt des Wettrennens mit Anträgen sollten die Fraktionen sich auf wenige wichtigere Anträge jeweils beschränken und diese gründlich durchberaten und zur Erfüllung zu bringen suchen. Die Regierungen werden so Beschlüssen gegenübergestellt, denen sie nicht mehr ausweichen können, wie jetzt, wo Duzende von zum Teil sich widersprechenden Resolutionen in Vorlage gebracht werden, mit denen oft wenig anzufangen ist. Graf Kosadovsky, der gefeierte ehemalige Minister für Sozialpolitik, hat früher schon einmal diesen Rat gegeben, ohne daß er sonderlich viel beachtet worden wäre. Dr. Hise ließ seinem Räte die Tat folgen, indem er beantragte, die genannten Anträge dem Wohnungsausschuß zu überweisen, in dem das ganze Bevölkerungsproblem behandelt und die Parteien sich auf bestimmte Grundzüge und Forderungen einigen können. Der Vorschlag fand im ganzen Hause einstimmige Zustimmung.

Angenommen wurde auch eine vom Zentrum vorgelegte Entschließung, zu veranlassen, daß, wenn die den Familien der Kriegsteilnehmer gewährte Unterstützung durch den Tod der Mutter eine Verringerung erleidet, der auf die Mutter entfallende Unterstützungsbetrag an die Person ausbezahlt werde, welche mit dem Unterhalt und der Erziehung der Hinterbliebenen Kinder beauftragt ist. Ministerialdirektor Reisch bemerkte dazu, daß es der Billigkeit entspreche, einer Mutterstelle vertretenden Person die Unterstützung zuzukommen. Er sei dieserhalb sowohl mit dem Reichsschatzsekretär als auch mit den Regierungen der Bundesstaaten in Verbindung getreten.

Von den vorgelegten Gesetzesentwürfen hat derjenige über die Altersrente und die Waisenrente den zuständigen Ausschuss passiert und dort seine Erledigung gefunden. Die Altersrente der Invalidenversicherung wird danach mit Ablauf des 65. Lebensjahres gewährt, ohne daß der Nachweis der Invalidität erbracht werden muß. Auf Antrag des Zentrums wurden auch die Waisentrennen erhöht. Jede Witwe erhält danach statt ein Zwanzigstel in Zukunft drei Zwanzigstel des Grundbetrages und der Steigerungssätze der Invalidenrente des Ernährers. Es findet noch eine Aussprache darüber statt, welche Verbesserungen in der Reichsversicherung während oder nach dem Kriege durchgeführt werden könnten.

Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz, welche den gewerkschaftlichen Vereinen und Versammlungen, im Sinne der beherrschenden Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetze, größere Bewegungsfreiheit gestattet und die Teilnahme der Jugendlichen ermöglicht, hat die erste Lesung in der Bollversammlung durchgemacht und ist auch im Ausschuss angenommen. Gegen die Novelle sind, wegen der Aushebung des Jugendparagrafen, in der Hauptsache nur die Konservativen, aber auch

liberale Zentrumskräfte, denen man sonst „demokratische“ Neigungen zuschreibt. Die Polen werden wohl gegen das Gesetz stimmen, wenn nicht der Strafen-Paragraf aufgehoben oder ihnen diesbezügliche Zugeständnisse gemacht werden. Um die Novelle nicht zu gefährden, werden die Sozialdemokraten keine weitergehenden Anträge stellen, so daß der Entwurf eine Mehrheit finden und angenommen wird.

Allgemeine Rundschau

Die Arbeiter der Schwerindustrie und die Lebensmittelversorgung.

Die Lösung der Ernährungsfrage hatte in den Industriebetrieben des Westens viel zu wünschen übrig gelassen. Besonders auf die Arbeiter der schweren Industrie lastete die unzureichende Regelung sehr. Die Gewerkschaften haben sich in dieser Angelegenheit einigemale an die Regierung gewandt und schon manches erreicht. Am 31. Mai hatten die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände mit den Regierungsvorstreitern eine abermalige mehrstündige Aussprache über eine bessere Versorgung der Arbeiter der Großindustrie. Von der Reichsregierung nahmen an der Besprechung teil: der Vertreter des Reichsschatzsekretärs, Staatssekretär Dr. Helfferich, der Chef der Reichskanzlei, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Freiherr von Stein, und der Präsident des Kriegsernährungsamtes, von Batocki, mit dem gesamten Vorstand dieses Amtes. Die Arbeitervertreter legten dar, welche Erschwerungen die Berg- und Hüttenwerk-Arbeiter in ihrer Ernährung erfahren, einmal durch die außerordentlich gestiegenen Lebensmittelpreise, die man Wunderpreise nennen könnte, sodann durch die unzulängliche Verteilung der vorhandenen Lebensmittel. Vor allen Dingen handelte es sich um eine Besserung und reichlichere Beschaffung mit fetthaltiger Nahrung, sodann müsse den zum Teil schlecht entlohnerten Arbeitern durch eine angemessene Lohnerhöhung die Möglichkeit gegeben werden, sich das ihnen zugeteilte Quantum von Nahrungsmitteln zu beschaffen. Staatssekretär Dr. Helfferich erklärte, daß er seine ganze Kraft einlegen werde, um auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung, insbesondere für die Schwerindustrie-Arbeiter, das zu erreichen, was mit den vorhandenen Mitteln heute zu ermöglichen sei. Die Preisentwicklung hänge ab von der Menge der vorhandenen Nahrungsmittel. Gegen übermäßige Preissteigerung würden energische Schritte unternommen werden.

Die Hauptverhandlungen wurden mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, Herrn von Batocki, geführt. Er erklärte, daß er es als seine Aufgabe betrachte, einmal eine gerechte Rationierung der vorhandenen Lebensmittel durchzuführen, der Wunderserei mit Lebensmittel zu steuern und den besonders schwer arbeitenden Leuten größere als die Normalrationen zuzuführen. Hinsichtlich der fetthaltigen Nahrungsmittel könne eine erhebliche Besserung einzuwirken nicht in Aussicht gestellt werden. Es könne aber in Aussicht gestellt werden, daß in einigen Monaten, wenn bis dahin mit der Fleischmahlung nach Möglichkeit geipart werde, ein weit stärkerer Auftrieb von Schlachtvieh eintrete und dann die allergrößten Schwierigkeiten gehoben würden. Mit dem Fortschreiten des Erntejahres könne auf weitere Besserung gerechnet werden. Mit ganzer Sorgfalt will sich Herr von Batocki der Ernährung der Berg- und Hüttenarbeiter annehmen. Er hofft, daß die allergrößten Schwierigkeiten in den großen Industriegebieten noch bis Pfingsten gemildert werden können. Er werde im Einvernehmen mit der Zentral-Einkaufsgesellschaft vorgehen. Es werde für Unterbindung des Schmuggels von Mehl und Fett gesorgt werden, durch den der Zentral-Einkaufsgesellschaft erhebliche Mengen entzogen werden. Die Bezirksausfuhrverbote würden aufgehoben bzw. gemildert werden. Herr von Batocki ersuchte die Arbeitervertreter, sich vorkommendenfalls unmittelbar an das Kriegsernährungsamt zu wenden. Sie könnten versichert sein, daß allen Wünschen, soweit möglich, Rechnung getragen würde. Er sei für alle Mitteilungen und Ratsschlüsse dankbar, die dazu beitragen können, den natürlichen und künstlichen Ernährungsschwierigkeiten zu begegnen. Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten und des-

halb ist ihr von den Gewerkschaften sofort große Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hat eine hervorragende Denkschrift darüber herausgegeben, deren Vorkämpfer wir in der vorigen Nummer unseres Organs mitteilten. Die Gewerkschaften sind auf der Wacht, das wissen unsere Kollegen. Aber es gilt, die Kräfte zu stärken und nicht nachzulassen in der Arbeit. Nur starke Organisationen erringen sich Achtung und Erfolge.

Kriegsgewinne.

Harburger Eisen- und Bronzewerke Aktiengesellschaft. Der Reingewinn im Jahre 1915 betrug 1017747 Mk. Der Vorstand beantragt, den Gewinn in folgender Weise zu verwenden: 12 Prozent Dividende auf 3500000 Mk. Aktienkapital 420000 Mk., für Gewinnanteile an Aufsichtsrat und Vorstand und Gratifikationen an Beamte 115297 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 482450 Mk.

Lederfabrik Hirschberg, vorm. Knoch. Der Aufsichtsrat beantragt die Verteilung von 10 Prozent Dividende und 20 Prozent Bonus, im Ganzen also 30 Prozent, gegen 12 Prozent im Vorjahre und 10 Prozent für 1913.

Millionen-Kriegsgewinne mit geringem Kapital. Die Lindener Zündhütchen- u. Tonwarenfabrik hat bei einem Aktienkapital von 750000 Mk. einen Rohüberschuß von 2,13 Millionen Mk. erzielt gegen nur 487000 Mk. im Vorjahre.

Bei den Rheinischen Stahlwerken in Duisburg-Neiderich wird die Dividende für das am 30. Juni ablaufende Geschäftsjahr auf mindestens 8 Prozent (i. S. 6 Prozent) geschätzt.

Maschinenfabrik Gebrüder Sieber A.-G. Duisburg 5 Prozent Dividende (i. S. 0 Prozent).

Wie steht es aber mit den Lohn- oder Ernährungszulagen der Arbeiter? Statt dieser gibt es oft sogar noch Abzüge. Das Mittel, das der Arbeiterschaft zur Verfügung steht, um ihre Rechte durchzusetzen, ist die Organisation. Sie soll das Mittel ergreifen.

Schn Sie, das ist ein Geschäft!

Was ein Viehhandelsverband verdient, kann man sich denken, wenn man hört, daß an den westdeutschen Verband Provisionsätze bei Großvieh und Schafen von 8 Prozent, bei Schweinen und Rälbern von 7 Prozent gezahlt werden müssen. In seine Unterkommissionäre erwählt der Verband dabei bei Großvieh und Schafen 5 Prozent, bei Schweinen und Rälbern 7 Prozent. Da sich keine Umsätze auf 3-4 Millionen Mark wöchentlich belaufen können, so kann man seinen Gewinn auf etwa 110000 bis 120000 Mk., den seiner Kommissionäre auf etwa 7000 bis 8000 Mk. in der Woche schätzen. Es ist vorgekommen, daß 2 Rälbe, für die im Einkauf in Westpreußen 1650 Mk. gezahlt worden war, auf dem Wagerviehbof an einen Meiningener Landwirt für 2202 Mk. verkauft worden sind. Ein Schlächtermeister mußte bei Verkauf eines Bullen allein 138,72 Mk. Provision zahlen. Nach sachmännischer Ansicht dürfte das Fleisch dadurch um 20-25 Pfg. je ein Pfund verteuert werden. Leider bleibt die Vertierung des Viehhandelsverbandes nicht auf die Fleischvertierung beschränkt; er läßt es sich auch angelegen sein, die Ausfuhr von Milch- und Buchvieh durch Verbote zu unterbinden, an dem im Osten des Reiches überflutet, nach dem aber im Westen starke Nachfrage herrscht. Auf diese Politik darf ein großer Teil des Milchmangels der Städte und der vorwiegend industriell bewirtschafteten Gebiete des Reiches zurückgeführt werden. — Hoffentlich wird diesem „edlen“ Viehhandel gründlich das Handwerk gelegt.

Die recht es mit der Milch!

Seit einiger Zeit wird in gewissen Zeitungen der Ruf nach höheren Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse laut, um „Produktion und Absatz zu erhöhen“. Auch Behörden stellen sich zuweilen auf diesen Standpunkt. So soll die Milchversorgung Breslaus dadurch gesichert werden, daß man den Milchpreis auf 30 Pfg.

Die Brücke

Konrad Duerfols.

Ein Steinbruch frist in Berge von Granit, Schleppzüge lasten wandelnd zu Tal, Es heist die Stadt im Sprung von Dynamit, Hinflühen Häuserblocks — es wächst von Stahl und Stein und Raugerast ein Berg ohne End, Ins Meer krallt das Brückenfundament.

Raumhöhe steigen, tarachod übera Flug, In dumpfen Rhythmus dröhnt es Schlag um Schlag, Laströhre freies, schmettern Schuß auf Schuß, Das Selbstgeheim ins Strombett, Nacht und Tag, Donner die Rüste, wo sonst Stille schließt, Wie Kriegertriere gehen Lancher tief.

In Quaden wuzelt Pfeilergrund sich fest, Ein Bald, so dunkeln die Gerüste auf, Die Eisenträger, in den Krahn gezeichnet, Schweben empor; gespannter Ketten Lauf Trägt sie flugsüber, Bogen wölben weit, Die Brücke wächst und dehnt sich Stromesbreit.

Und taupend Säule greifen straffgepannt Und zerren, ankern, Säulenreihen kringt, Die Luftdruckhemer fiebern, Feuerband Glüh weiß, bis daß das Eisen zischt und singt, Die Brücke wächst, die Brücke schwebt, es fällt Gerüst und Bau, wie Palme dürr zerfällt.

Vand wölbt zu Land im Leib von blauem Stahl, Das Erdbeben steht wacker gepannt, Hochragend überm Strom, zum ersten Mal Kocht her der Puls aus kraftdurchbehem Land Und rinnt hindurch, ein Mann schwellt und hebt Das Eisen — die Brücke ist.

Der Handelskrieg nach dem Kriege

A. H.

III.

Je länger der Krieg dauert, um so mehr wird England in eine ausgeprägte Schutzollpolitik hineingetrieben. Verschiedene Faktoren wirken in der gleichen Richtung: vornehmlich die gewaltig finanziellen Bedürfnisse nach dem Kriege und die Schutzbedürftigkeit der während des Krieges neu entstandenen und erweiterten Industrien, dann aber auch der mit so viel Eifer vorbereitete Handelskrieg, der ohne Schutz- und Kampfzölle schwerlich sehr wirksam zu führen ist. Ein festes, klares Programm ist allerdings noch nirgends vorhanden. Die englische Regierung wird augenscheinlich von den Ereignissen getrieben. Will die Regierung den Schutz Zoll? Das weiß die Öffentlichkeit noch nicht, weder in England noch in den verbündeten Staaten. Die Reden der englischen Minister sind abwechselnd zweideutig und dunkel. Offenbar befinden sich die liberalen Minister des jetzigen Koalitionsministeriums, die Herren Asquith, Humeiman, Grey, McKenna usw., in einer sehr peinlichen Lage; denn sie alle sind ausdrücklich auf den Freihandel gewöhlt und haben sich freiwillig verpflichtet, ihn gegen die Zollreform zu schützen. Herr Asquith erklärte z. B. im Jahre 1904, daß nicht nur der wirtschaftliche Fortschritt Englands, sondern auch seine guten Beziehungen zu den übrigen Teilen des Reiches auf den Fellen des Freihandels gegründet seien, und er hat drei Wahlkampagnen als Verteidiger dieses Feltens gewonnen. Heute werden, nach der in Frankreich herrschenden Auffassung, die genannten Minister bereits für eine „mittlere“ Richtung zwischen Freihandel und Schutz Zoll eintritten. Die englischen Freihändler trauen ihren jetzigen nicht mehr über den Berg. So wird in der angelegenen volkswirtschaftlichen Zeitschrift „Economic“ (vom 26. 2. 16) verlangt, daß Maßnahmen von so einschneidender Wichtigkeit wie die Einführung des Schutzzollens oder des Wehrzwanges nicht von politischen Kämpfern ergriffen dürfen. Wenn Minister, die ihr

Amt seit etwa 10 Jahren inne haben, so an ihrem Platz stehen, daß sie, um es nicht zu verlieren, einer nach dem anderen die Hauptstütze ihres politischen Glaubens abschwören, so hat es keinen Zweck mehr, den Namen der Partei überhaupt noch beizubehalten. Die Partei sollte nicht das Instrument des politischen Lasters sein, sondern politischer Ehlichkeit und Tugend.“ Alle Berände, die führenden Staatsmänner zu einer klaren Stellungnahme zu veranlassen, sind bis jetzt gescheitert. Als die Regierung von den liberalen Abgeordneten Robertson und Holt im Unterhaus am 10. März dringend ersucht wurde, klare Auskunft über ihr zollpolitisches Programm zu geben, begnügte sich Herr Asquith mit der Versicherung, daß die englischen Vertreter von der bevorstehenden Pariser Konferenz zurückzuführen würden, ohne sich irgendwie gebunden zu haben. Auch sonst brauche das Parlament nicht zu befürchten, daß die Regierung sich selbst oder England weise verpflichtet werde. Im übrigen handele es sich gar nicht um eine Streitfrage zwischen Freihändlern und Zollreformern! Er schloß mit der Versicherung, daß, wie er hoffe, seine Sprache über den Vorwurf der Doppelzüngigkeit erhaben sei! Etwas weniger doppelzüngig hat sich bereits der Handelsminister Humeiman ausgesprochen, der früher zu den überzeugtesten Freihändlern gehörte. Am 10. Januar stellte der Abgeordnete Hewins im Rahmen der Imperialisten einen Antrag, der den engen zollpolitischen Zusammenhluß mit den Kolonien forderte, womit er nicht nur bei den Unionisten und Konservativen, sondern auch bei zahlreichen Liberalen Zustimmung fand. Humeiman erklärte, daß er weder gegen einen britischen Zollverein noch gegen einen Zollbund Englands mit seinen Verbündeten etwas einzusetzen habe, wenn die wirtschaftliche Lage das nötig machen sollte. Jedenfalls werde man Deutschland nach dem Kriege nicht mehr die gleichen Vorteile gewähren können wie bisher, die Meistbegünstigungsklausel habe ihre einstige Berechtigung verloren. Sie kann ihre Berechtigung in England aber nur dann verlieren, wenn ein Schutzolltarif eingeführt wird, der aus der Voraussetzung jedes Zollbündnisses ist. Eine weitere Voraussetzung wäre er auch für die von Humeiman gefor-

für 1 Liter herabgesetzt. Dadurch würde den Milchproduzenten ein Entgelt geboten, wie es den für Butter gezahlten Preisen entspräche. Dabei aber wird vergessen, daß die Milchproduktion in der Jahreszeit der Grünfütterergewinnung nicht unerheblich verbilligt wird, und daß diese Verbilligung der Milchproduktion heute noch weiter geht, da die Verwendung der teureren eingeführten Futtermittel so gut wie ganz aufgehört hat. Dazu kommt noch, daß die zum Verkauf gestellte Frischmilch lange nicht so fettreich ist als die zur Verbutterung benutzte. Ein wichtiges und unersehliches Nahrungsmittel aber nur deshalb zu verteuern, weil es sich im Wege eines anderen Produktionsprozesses für den Erzeuger höher verwerten läßt, während es sich durch unmittelbaren Verkauf noch gut bezahlt macht, entspricht nicht den Anforderungen unserer Kriegswirtschaft. Der neue Lebensmittelkurator wird hoffentlich sein besonderes Augenmerk auf die also jetzt mögliche Verbilligung der Milch richten. Unsere Kinder würden dadurch reich an Gesundheit, die Milchzeuger gleichzeitig noch lange nicht arm an Gewinn.

Kriegsverletztenfürsorge.

Für den Bereich des 7. Armeekorps ist eine Arbeitsnachweiszentrale für Kriegsbeschädigte in Münster i. W. Landeshaus eingerichtet worden, die unter Leitung des Herrn Hauptmannes h. L. L. Stoeber, steht.

Die Zentrale hat die Aufgabe, alle Angebote und Nachfragen bezügl. Unterbringung von Kriegsbeschädigten zu sammeln und die Stellungsvermittlung in die Wege zu leiten. Es ist dies besonders deshalb empfehlenswert, weil jetzt bei allen Ersatztruppenteilen, bei denen sich Kriegsbeschädigte befinden, Beratungsstellen eingerichtet sind, die ihrerseits Kriegsbeschädigte dieser Zentrale zwecks Unterbringung in geeignete Berufe nachhaken machen werden. Infolgedessen wird zu erwarten sein, daß bei regem Angebot und reger Nachfrage den Kriegsbeschädigten zur Erreichung einer Anstellung leicht verhoffen werden kann und den Arbeitgebern die fehlenden Arbeitskräfte nachgewiesen werden können. Die Adresse lautet: An die Arbeitsnachweiszentrale für Kriegsbeschädigte des 7. Armeekorps Münster, Landeshaus, Fernsprecher 2200 bis 2203.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. Juni der vierundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. Juni bis zum 17. Juni fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Verwaltungsstelle Duisburg-Mülheim. Am 14. Mai fand in Duisburg im „Burgader“ die erste vierteljährliche Generalversammlung unseres Verbandes statt. Der geräumige Saal konnte die Vertrauensleute und Mitglieder kaum alle fassen, die von allen Orten gekommen waren. Der stellvertretende Vorsitzende der Verwaltungsstelle, Kollege Burgard, erstattete den Bericht über das vergangene Vierteljahr. Einleitend wies er darauf hin, daß infolge der Heeresauflösung in allen Betrieben der Metallindustrie eine nie gekannte Hochkonjunktur zu verzeichnen sei. Die Nachfrage nach gelehrten Arbeitern war groß, auch die Zahl der Arbeiterinnen nimmt in erschreckender Weise zu. Die Entlohnung derselben, steht mit den Leistungen in keinem guten Verhältnis. Die Arbeitgeber gentieren sich nicht, infolge des großen Angebotes, bei gleicher Arbeit, die Hälfte des Arbeitslohnes zu zahlen, wie bei männlichen Arbeitskräften. Aufgabe der Organisation muß es sein, diesem Uebelstande abzuhelfen. Infolge dieser Umstände war es möglich, wiederum einen bedeutenden Mitgliederzuwachs zu erzielen. In der Verwaltungsstelle Duisburg beteiligten sich an der Agitation 89 Kollegen, gegenüber dem Jahre 1915 eine Steigerung der Mitarbeiter um 17, und erzielten 267 Neuaufnahmen. In Mülheim-Oberhausen ist ebenfalls eine erfreuliche Steigerung der Mitarbeiter zu verzeichnen, von 29 auf 49 Kollegen. Diese konnten 304 Mitglieder dem Verbands zuführen; gemäß ein gutes Zeichen während des Krieges, wo doch die größte Zahl der Agitatoren unter den Waffen steht. (Auch im laufenden Vierteljahr hat die Werbekraft nicht nachgelassen; in den Monaten April und Mai sind ungefähr 700 Mit-



Das Eisene Kreuz

erhielten die Kollegen

Franz Holzschuh, Mannheim
Karl Schreiner, Mannheim
Heinrich Sander, Menden
Jos. Münstermann, Reheim
Mathias Wienecke, Reheim
Franz Kleinehr, Reheim
Paul Nesper, Pforzheim
Josef Bozenhard, Schw. Gmünd
Peter Hambach, Belbert
Fritz Brede, Wimmeringhausen
Jos. Burghoff, Wimmeringhausen

Es erwarben sich ferner die Kollegen

Hans Reichert, München
das eiserne Verdienstkreuz
Josef Schöneborn, Nürnberg
die goldene Verdienstmedaille
Johann Rapp, Nürnberg
das bayr. Verdienstkreuz
Graf Stegmaier Schw. Gmünd
die silberne Tapferkeitsmedaille

Bis jetzt haben sich 847 unserer Kollegen das Eisene Kreuz und andere Ordensauszeichnungen erworben.

Wir beglückwünschen diese Tapferen und hoffen daß sie gesund in unsere Reihen zurückkehren

glieder neu aufgenommen.) Es erzielten Neuaufnahmen in Duisburg: 1 Mitglied 12 Aufnahmen — 4 Mitglieder je 10 Aufnahmen — 1 Mitglied 9 Aufnahmen — 1 Mitglied 8 Aufnahmen — 4 Mitglieder je 6 Aufnahmen — 5 Mitglieder je 5 Aufnahmen — 3 Mitglieder je 4 Aufnahmen — 7 Mitglieder je 3 Aufnahmen — 24 Mitglieder je 2 Aufnahmen — 35 Mitglieder je 1 Aufnahme; in Mülheim-Oberhausen: 1 Mitglied 34 Aufnahmen — 1 Mitglied 33 Aufnahmen — 1 Mitglied 30 Aufnahmen — 1 Mitglied 22 Aufnahmen — 1 Mitglied 15 Aufnahmen — 1 Mitglied 13 Aufnahmen — 2 Mitglieder je 12 Aufnahmen — 1 Mitglied 11 Aufnahmen — 1 Mitglied 10 Aufnahmen — 1 Mitglied 9 Aufnahmen — 2 Mitglieder je 8 Aufnahmen — 1 Mitglied 7 Aufnahmen — 4 Mitglieder je 5 Aufnahmen — 2 Mitglieder je 4 Aufnahmen — 7 Mitglieder je 3 Aufnahmen — 6 Mitglieder je 2 Aufnahmen — 12 Mitglieder je 1 Aufnahme. — Das Abschlagswesen ist im allgemeinen gut zu nennen, mit Ausnahme der Sektion Reudorf, die Kollegen können sich trotz aller Kritiken in den Generalversammlungen nicht an Pünktlichkeit gewöhnen. Eine Aenderung nach dieser Richtung ist dringend geboten, oder seitens der Verwaltungsstelle müssen härtere Maßnahmen ergriffen werden. Der Markendurchschnitt betrug in Duisburg-Mülheim 10,7, Beed-

10,1, Buchholz 11,1, Großenbaum 11,7, Hamborn 9,0, Hochfeld 10,4, Homberg 10,7, Saar 10,0, Weidert 10,7, Reudorf 10,0, Rheinhausen 9,3, Kanten 13,0, Ehingen 10,7, Wanheimerort 12,2, Margloh 10,6, Wanheim 12,6. In der Verwaltungsstelle Mülheim-Oberhausen betrug der Markendurchschnitt für Sterkrade 8,3, Oberhausen 9,8, Mülheim 10,1, Struum 9,4, Schmachtenorf 13,6, Dinslaken 9,4, Wesel 13,0, Grintrop 13,0, Holten 9,7. Der geringe Markendurchschnitt ist zum größten Teil darauf zurück zu führen, daß in den letzten Wochen des Vierteljahres eine so große Aufnahmehöhe zu verzeichnen war. Dieses geht auch aus nachfolgender Uebersicht hervor. Am Sonntag, den 19. und 26. März wurde Hausagitation durchgeführt, woran sich 172 Kollegen beteiligten. Das Resultat ist folgendes:

	Aufgeucht		Ausgenommen	
	am 19. März	am 26. März	am 19. März	am 26. März
Duisburg-Stadt	10	15	25	—
Duisburg-Hochfeld	39	31	70	3
Duisburg-Reudorf	12	14	26	1
Duisburg-Wanheimerort	2	2	4	—
Duisburg-Wanheim	6	—	6	—
Duisburg-Saar	—	2	2	—
Duisburg-Beed	6	14	20	2
Duisburg-Melberich	30	18	48	13
Hamborn	18	21	39	6
Hamborn-Margloh	30	18	48	3
Homberg	3	3	6	—
Buchholz	16	10	26	4
Großenbaum	8	7	15	4
Ehingen	—	20	20	—
Rheinhausen	11	19	30	5
Sterkrade	38	58	96	34
Oberhausen	17	13	30	3
Mülheim	10	13	23	4
Struum	6	1	6	—
Schmachtenorf	—	—	—	—
Holten	—	—	—	—
Dinslaken	—	3	3	—
Gesamt	261	280	541	84

Die Arbeitsfreudigkeit der beteiligten Kollegen kam nicht oft genug gerühmt werden und mag den übrigen zum Ansporn dienen. Wenn während des Krieges auch keine größeren wirtschaftlichen Kämpfe zu verzeichnen sind, so darf doch angeführt werden, daß die Organisationen für die Arbeiter manche Verbesserung herausgeholt. Im verflohenen Vierteljahr waren Lohnbewegungen zu verzeichnen bei der Firma Kiefer, Duisburger Kupferhütte, Hartort, Hüttenbetrieb und Thyssen-Mülheim. Die Arbeiter bringen den Bestrebungen der gewerkschaftlichen Organisation größeren Verständnis entgegen, wie dieses in Friedenszeiten zu beobachten war. Dieses kann von den Arbeitgebern, trotz des Burgfriedens, nicht gefagt werden, denn einzelne Herren Direktoren erfüllen nicht einmal die Anstandspflichten, durch Beantwortung der zugesandten Schreiben, daß infolge solchen Verhaltens die Erbitterung im Betriebe bei den Arbeitern wächst, ist wohl selbstverständlich, für etwaige Folgen sind dann diese Herren verantwortlich und nicht andere Leute. Der Bericht wurde beifällig aufgenommen. Der zweite Verbandsvorsitzende, Kollege Klost, welcher als stellvertretender Bezirksleiter an den Beratungen teilnahm, wies auf die großen Aufgaben hin, welche unsere Organisation während und nach dem Kriege zu erledigen hat. Redakteur Kollege Wieber fand Worte der Freude und der Anerkennung für die geleistete Arbeit und begeisterte zu neuer Werbetätigkeit. Sodann wurden die gestellten Anträge besprochen. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Hagemann, Jüngendahl, Kante, Kauer, Serban, Maß, Holtzschneider, Kammroth, Hahn, Schmitz, Höfels, Schillen, Wifler und Briggemann. Die Ausführungen zu den Anträgen gipfelten alle in dem Gedanken, der Sache zu dienen. Folgende Beschlüsse wurden einstimmig gefagt:

1. Die Mitgliederversammlung der Sektionen sollen in Zukunft nur alle zwei Monate stattfinden.
2. Die Erhöhung der Beiträge für die 40 Pfg.-Klasse, auf 45 Pfg. tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft. Die Erhöhung der Beiträge für die Jugendklasse um 5 Pfg. soll in der nächsten Sektionsmitgliederversammlung beschlossen werden. Das Resultat des Beschlusses ist dann der Verwaltungsstelle mitzuteilen.

der wirtschaftliche Antarktis Großbritanniens. „Wir müssen“, so sagte er ebenfalls im Unterhaus, „auch in der Friedenszeit uns wirtschaftlich so neu organisieren, daß es nichts Wesentliches an Friedens- oder Kriegsbedürfnissen gibt, über das wir nicht innerhalb unseres Weltreiches verfügen können.“ Mit größerer Zurückhaltung haben sich bisher Lloyd George und McKenna ausgesprochen. Lloyd George, der neue Munitionsmminister, hatte sich in Vertretung von Munciman im Unterhaus am 23. März über die Frage des Handelskrieges zu äußern. Er lehnte jegliche Bindung Englands gegenüber den Verbündeten ab und ebenso eine Politik wirtschaftlicher Rache gegen Deutschland. Allerdings könnte der Handel nach dem Kriege nicht ohne weiteres in seine alten Bahnen zurückkehren; denn es seien Kriegsindustrien entstanden, die nach Friedensschluß nicht eingehen dürften.

Man viel Wert kann man auf solche ministeriellen Auslassungen in England nicht eben legen, auch wenn sie weniger zweideutiger Natur wären. Bedenklich ist es jedenfalls, daß sämtliche liberalen Minister, soweit sie das Wort ergriffen haben, nicht daran gedacht haben, irgendeine grundsätzliche für den Freihandel einzutreten. Das wäre doch auch gar zu unglücklich, wo die Tarifreformer und Imperialisten von Tag zu Tag an Macht gewinnen, wo schon der größte Teil der englischen Geschäftswelt in das Schutzzollager übergegangen ist und eine liberale Zeitung nach der anderen das findende Schiff verläßt. Viele bekannte Säulen des Freihandels, wie Lord Cromer, Giosza Monney, Harold Fox, Montagu, sind bereits in das Lager der Gegner übergegangen. Selbst die alte Hochburg des Freihandels, die Handelskammer Manchester, deren Präsident einst Cobden war, hat sich offen zum Schutzzoll bekehrt. Eine vom alten Direktorium unterbreitete Denkschrift zugunsten des Freihandels wurde von der Handelskammer mit zwei Dritteln Mehrheit abgelehnt, und bei den Neuwahlen erhielt das Direktorium eine starke schutzzöllnerische Mehrheit. Jetzt petitioniert Manchester für den Schutzzoll wie 1838 für den Freihandel. Damit ist freilich nicht gesagt, daß der alte, berühmte Manchesterer

dener, selbst gegensätzlicher Weise äußern. Selbst auf die Arbeiterkreise können sich die Freihändler nicht mehr verlassen. In einem Manifest der Arbeiter-National-Liga, das auch von sehr Mitgliedern der parlamentarischen Arbeiterpartei unterschrieben ist, wird offen eine Aenderung der internationalen Handelspolitik verlangt, die von dem Gesichtspunkt der politischen und kommerziellen Verteidigung Englands und der Verbündeten auszugehen hätte. Handel und Industrie müßten gegen die billigen Erzeugnisse der jetzigen Feinde geschützt werden.

Tuberkulosenfürsorge

D. K. Solange ein Kriegsbeschädigter sich wegen Tuberkulose noch im Lazarett befindet und sein Zustand heilbar oder besserungsfähig erscheint, ist anzunehmen, daß seitens der Militärverwaltung keine Unterbringung in einer Heilstätte oder die sonst erforderliche Heilbehandlung erfolgt. Nicht selten werden aber seitens der Militärverwaltung bei den Ortsausföhrungen Anträge gestellt, tuberkulöse Kriegsbeschädigte, die sich noch im Lazarett befinden, im Augenblicke der Entlassung aus dem Lazarett in einer Anstalt für Lungentränke unterzubringen. Hierbei handelt es sich, soweit zu übersehen, meist um wenig aussichtsreiche Fälle, die in Lungenheilstätten nicht mehr aufgenommen werden, vielmehr in Invalidenheimen gehören. Da eine Hebung und Besserung der Erwerbsfähigkeit somit regelmäßig nicht in Frage kommt, scheiden die Fälle aus der Kriegsbeschädigtenfürsorge der Provinzialverwaltung aus. Wenn der Kriegsbeschädigte der Invalidenversicherung angehört, ist die antragstellende Behörde oder der Kriegsbeschädigte selbst darauf hinzuwirken, daß es sich empfiehlt, Antrag auf Bewilligung der Invalidenrente und zugleich Antrag auf Aufnahme in ein Invalidenheim durch die Landesversicherungsanstalt gegen Abtretung der Invalidenrente zu stellen. Dieser Invaliden-Antrag kann bei rheinischen Kriegsbeschädigten schon bei dem für das Lazarett zuständigen Versicherungsamt gestellt werden. Regelmäßig wird er wohl am zweckmäßigsten an das Versicherungsamt, welches für den letzten Monat des Kriegs-

beschädigten zuständig ist, gerichtet werden. Auf die Versicherungsanstalt, für welche die letzten Marken verwendet worden sind, braucht nicht zurückgegangen zu werden.

Handelt es sich um tuberkulöse Kriegsbeschädigte, die bereits nach Hause entlassen sind, so ist durch ärztliches Gutachten festzustellen, ob ein Heilverfahren zur Wiederherstellung oder Hebung der Erwerbsfähigkeit erforderlich ist. Ist dies zu bejahen, so ist bis auf weiteres in folgender Weise zu verfahren:

Gehört der Kriegsbeschädigte der Invalidenversicherung an, so ist er zu veranlassen, in derselben Weise wie ein nicht kriegsbeschädigter Versicherter bei der zuständigen Stelle (Bürgermeisteramt des Lazarets oder des Wohnorts) Antrag auf Bewilligung eines Heilverfahrens durch die Landesversicherungsanstalt zu stellen. Dabei ist aber augenblicklich zu berücksichtigen, daß zur Zeit die Ueberweisung in eine Lungenheilstätte wegen Ueberfüllung der betreffenden Anstalten in der Regel erst einige Zeit nach Zulage des Heilverfahrens erfolgt. Eine Abschrift des Fragebogens mit dem Bemerkten, daß der Kriegsbeschädigte Antrag auf Heilverfahren gestellt hat, ist an den Landeshauptmann einzufenden, da eine Berechnung der Kosten zwischen Kriegsbeschädigtenfürsorge und Landesversicherungsanstalt erfolgen soll. Die Landesversicherungsanstalt gewährt für die Dauer des Heilverfahrens den erwerbsunfähigen Familienangehörigen des Kriegsbeschädigten eine Unterstützung, so daß in solchen Fällen die Bewilligung einer Unterstützung für Bedienung der Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Regel nicht in Frage kommt.

Gehört der Kriegsbeschädigte nicht der Invalidenversicherung an, so empfiehlt es sich, zunächst zu versuchen, bei der Militärbehörde durch Antrag beim Bezirkskommando eine Wiedererfassung des Heilverfahrens und Unterbringung in einer Lungenheilstätte zu erreichen. Ist dies nicht möglich, so ist dem Landeshauptmann der Fall zur weiteren Behandlung vorzulegen.

Wo sich eine Tuberkulosenfürsorgeanstalt befindet, empfiehlt es sich, stets deren Hilfe bei der Beratung und Befürsorge für tuberkulöse Kriegsbeschädigte in Anspruch zu nehmen.

8. Neuaufgenommene, welche schon einmal Mitglied unseres Verbandes waren, haben ein von der Verwaltungsstelle festzusetzendes Eintrittsgeld zu zahlen.

4. Vom 14. Juni bis 21. Juni findet in allen Sektionen eine Agitationswoche statt.

Der Vorsitzende dankte zum Schluß für die treue Mitarbeit und überreichte den erfolgreichsten Agitatoren eine kleine Anerkennung. Gegen 7 Uhr fand die so anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

*

Danzig. Die Arbeitsvermittlung nach dem Kriege! Mit dieser wichtigen Frage befaßte sich eine öffentliche Versammlung am 19. Mai d. J., die durch die Kartelle der christlichen, freien und S.-D. Gewerkschaften einberufen war. Schon im November 1915 traten die Vertreter der benannten Kartelle zusammen, um die Frage zu erörtern. Es wurde eine Eingabe an den Vorstand des Westpreussischen Arbeitsnachweises gesandt, mit der Bitte, auch Vertreter der Arbeiterschaft in den Vorstand des Westpr. Arbeitsnachweises hineinzuwählen. Geeignete Vertreter wurden bereits genannt. Diese Eingabe blieb unbeantwortet. Um nun den Willen der Arbeiterschaft von Danzig und Umgebung in dieser wichtigen Frage zum Ausdruck zu bringen, mußte die Frage in einer öffentlichen Versammlung zur Verhandlung kommen. Es wurde einstimmig beschlossen, folgende Eingabe an den Magistrat der Stadt Danzig einzubringen: „Der Ausbruch des Krieges hat mehr wie in normalen Zeiten die Notwendigkeit einer gut funktionierenden Arbeitsvermittlung dargetan. Bei der großen Arbeitslosigkeit, die zu Beginn des Krieges eintrat, sind Anforderungen an die verschiedenen Arbeitsnachweise gestellt worden, die weit über ihre Leistungsfähigkeit hinausgingen. Vor allem ist sehr empfindlich in Erscheinung getreten, daß die Zersplitterung in der Organisation des Arbeitsnachweises einer umfassenden und geordneten Arbeitsvermittlung hindernd in den Weg trat. Die Arbeitsvermittlung wird vor noch viel größeren Aufgaben gestellt werden, als zu Beginn des Krieges; wenn nach Abschluß des Friedens die Millionen Arbeiter zur Arbeitsstätte zurückkehren. Große Schwierigkeiten müssen entstehen, wenn die Industrie sich wieder in ihr normales Tätigkeitsgebiet zurückentwickelt und die Kriegsindustrie eine gewaltige Zahl von Arbeitskräften freigibt. Hier werden dem Arbeitsnachweis und der Arbeitslosenfürsorge große Aufgaben erwachsen, an deren Erfüllung keine städtische Verwaltung achtlos vorüber gehen darf. Um eine Regelung der hiesigen Zersplitterung der Arbeitsnachweisorganisationen vorzunehmen, erachten wir folgende Maßnahme für erforderlich: Sämtliche Vertreter der bestehenden Arbeitsnachweise, Arbeitgeberverbände, Arbeitnehmerverbände und beteiligten Behörden, sowie der Vorstand des Westpreussischen Arbeitsnachweises sollen dem Magistrat zu einer Sitzung eingeladen werden. In dieser Sitzung schlagen wir vor, daß folgende Fragen besprochen werden: 1. Ist es möglich, einen einheitlichen paritätischen Arbeitsnachweis für männliches und weibliches Personal zu gründen? 2. Schaffung einer Zentralfstelle aller bestehenden Arbeitsnachweise für Danzig. Ferner ersuchen wir den Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage einzubringen in der die notwendigen Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen bereitgestellt werden.“

Auch in der wichtigen Frage des Arbeitsnachweises arbeitet unser Verband unermüdet für die Rechte der Arbeiterschaft. Vieles bleibt noch zu tun. Daran mitzuhelfen, ist Aufgabe aller Kollegen. Die Arbeit hat aber nur Erfolg, wenn der Verband stark und fest ist. Kollegen, agitiert überall für die Organisation.

*

Kärnten. (Bezirkskonferenz.) Am Sonntag, 21. Mai fand in Kärnten 10.45 Uhr vormittags für den rechtsrheinisch-bayerischen Bezirk eine gut besuchte Konferenz statt. Die letzte dieser Art war am 19. Mai 1914. Vertreten waren 21 Gruppen und Sektionen durch 32 Delegierte, Bezirksvorstand und Funktionäre. Auch der Verbandsvorsitzende Kollege Wiber nahm teil. Außerdem waren noch 15 Teilnehmer anwesend. Der Vorsitzende des Bezirksausschusses, Kollege Trojmann, eröffnete allen, insbesondere dem Verbandsvorsitzenden ein herzliches Willkommen und wies auf die große Bedeutung und Aufgaben der Konferenz für die einzelnen Gruppen und Mitglieder hin. Der Geschäftsbericht für die 2 Jahre 1914/15 war vom Kollegen Konrad den Delegierten schriftlich mit eingehendem Tabellenwert vorher zugegangen und wurde in mündlicher Berichterstattung erläutert. Worauf stand die erste Frage, wie sieht es mit dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis unter den Kriegswirkungen. Die Zahl der Mitglieder ist für die Durchführung unserer Bestrebungen nicht selten von ausschlaggebender Bedeutung. Hier mußte vorab eine ernste Gewissenserforschung einsetzen. Im ersten Halbjahr 1914 war die Mitgliederzahl im Bezirk von 3702 auf 3391 gesunken und hatte vor Kriegsausbruch fast 4000 erreicht. Im ersten Kriegshalbjahr 1914 ging diese Zahl auf 2268, im Kriegsjahr 1915 auf 1762 (am 1. Januar 1916) zurück. Um 200 Mitglieder sind unter die Waffen getreten, unter diesen die meisten Bertramselemente, Korpse und fast alle Funktionäre. Nur Kollege Juler blieb zurück. Wiber erläuterte den Kollegen Ungert und Konrad. Mit dem Heeresdienst stehenden Kollegen wird weitestmöglich Fühlung unterhalten. Weiter werden die Adressenänderungen nicht immer mitgeteilt. Doch muß in solchen Fällen verlangt werden, bei den Angehörigen die Adresse festzustellen, damit die Kollegen unter Verbandsorganen regelmäßig erhalten. Die Zahl der Aufnahmen ging im Bezirk von 1857 im Jahre 1913 auf 1206 im Jahre 1914 und 699 im Jahre 1915 zurück. Mit Ausnahme weniger Gruppen sind die Aufnahmesitzungen unbefriedigend. Hier muß mit aller Energie eingegriffen werden, damit sich die Kollegen in den einzelnen Gruppen bei der wichtigen Frage der Regelung der Lohn- u. Arbeitsverhältnisse nicht unruhig machen lassen, denn das Mitleiden und Mitleid bestimmen hängt in den einzelnen Fällen sehr wesentlich von der im Verband vorhandenen Geschäftigkeit ab. In den einzelnen Gruppen sind Sektionen nicht es um Sache der Kollegen sein, zu helfen, wo unter den Aufnahmesitzungen die Zahl zu klein ist, oder gar im Bericht Striche verzeichnet sind, um energisch auf Besserung hinzuwirken. Die Verwaltungsausschüsse sind sehr wichtig in der Beitragsleistung. Hier zeigt das dritte Vierteljahr 1914 eine leichte Steigerung, wie aus folgenden Zahlen ersichtlich. Die Beitragsleistung pro Kopf im Bezirk betrug in der Reihenfolge der Viertel-

jahre für 1914: 11,32, 11,21, 9,37, 11,16 und für 1915: 10,81, 10,56, 11,03, 11,25 und im ersten Vierteljahr 1916: 11,32. Die Besserung der letzten Quartale muß noch weiter anhalten, bis als unterste Grenze die Zahl 12 in durchschnittlicher Beitragsleistung von den einzelnen Gruppen erreicht wird. Hinsichtlich der Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind die Anforderungen mit der Dauer des Krieges gewachsen. Trotz den beschränkten Kräften konnten noch ansehnliche Erfolge gebucht werden. Einzelne Streiks waren nur vor dem Kriege zu verzeichnen, am hartnäckigsten war jener im Münchener Wagenbauwerke, der bei Kriegsausbruch abgebrochen wurde. In der Folge wurde durch Arbeiterausschüsse, Eingabe, Verhandlungen oder auch Kritik in der Presse auf Besserungen handlungen oder auch Kritik in der Presse auf Besserungen der Lohn- und sonstigen Verhältnisse hingedrängt. Eingaben wurden insgesamt 87 gefertigt, darunter ein großer Teil für die Kollegen in den Staatsbetrieben. Verhandlungen mit Direktoren, Werkleitern etc. durch Verbandsfunktionäre wurden 30 geführt, davon 30 mit Erfolg. Für den weitaus größten Teil der Mitglieder wurden Teuerungszulagen erreicht bis zu 6 und 8 Pfg. pro Stunde. Ein völliger Ausgleich gegenüber der Teuerung konnte nicht erreicht werden, doch haben die Erfolge zu einer wesentlichen Milderung beigetragen. Leider hat noch ein zu großer Teil der Kollegen und Kolleginnen zu wenig dafür gesorgt, die Nebenkollegen und Kolleginnen zu gewinnen, sonst hätte manchmal auch während des Krieges mehr erreicht werden können. Die bayerische Metallindustrie hat sich, abgesehen von einigen nur auf Export angewiesenen Betrieben (Spielwaren etc.), zum großen Teil recht schnell erholt von der ersten Störung und konnte in vielen Fällen reichliche, ja sogar 3- und mehrfache Gewinne ausströmen.

Den Heldentod im Kampfe für das Vaterland fanden folgende Kollegen: Johann Mürtl, Amberg; Richard Müller, Amberg; Johann Rohrwild, Amberg; Hermann Boll, Boel; W. Stöckmann, Dvg.-Meiderich Bez., Hamburg; Eugen Schlachter, Mannheim; Heinrich Töle, Rheim; Franz Kühner, Schwabach; Josef Meier, Wimmeringhausen. Das Andenken dieser Kollegen wird im christl. Metallarbeiterverband stets in Ehren gehalten. Sie mögen ruhen in Frieden.

Neben die Lohnverhältnisse wurden in der Öffentlichkeit wiederholt falsche Schlüsse gezogen. Daß sich die Lage für breite Schichten verschlechtert hat, wird völlig übersehen. Hier nur ein Beispiel, das zugleich den gewerkschaftlichen Einfluß bei noch geringerer Mitgliederzahl erkennen läßt. In einem größeren Werk in der Nähe Kärntens wurden unlängst durch Fragezettel Lohnveränderungen angefordert. Das war rasch geworden und sofort erfolgte die Bekanntmachung, daß sämtliche Standeslöhne um 2 Pfg. pro Stunde aufgebessert wurden. So ersichtlich dieser Erfolg ist, so reicht er zu einem annähernden Ausgleich keineswegs aus. Sind doch für Arbeiterinnen noch Wochenlöhne von 10 Mark und für Arbeiter von etwa 20 Mark keine Seltenheit. Reichliche Beschäftigung haben naturgemäß die staatlichen Waffen- und Munitionsfabriken. Recht wenig glücklos scheint der Weg, die daraus entstehenden Wohnungsmisere zu beheben. Auch sonst vorliegende Beschwerden werden behandelt um einen Weg zur Besserung zu finden. Entschieden zurückweisen müssen wir die von einem Vertreter eines Militärarbeiter-Verbandes in einer Verhandlung geäußerte Ansicht, zur Vertretung der Militärarbeiter-Interessen sei der Anschluß an einen solchen Verband notwendig. Für den dauernden Erfolg ist in erster Linie der Zusammenschluß aller Berufscollegen ausschlaggebend. Sehr wesentliche Aufgaben erwachsen auf dem Gebiete der Lebensmittellieferung, durch Mitwirkung in Lebensmittelpreis-Kommissionen, Konsumenten-Ausschüssen und ähnlichen Eingaben an Behörden. Desgleichen durch Beratung, Eingaben und Vertretung in Fragen des sozialen Rechts, in der Kriegs-Fürsorge, Heeresfragen etc. Falls gewerbet werden vielfach die Leistungen des Verbandes hinsichtlich des Unterstützungswesens. Der Jahresausweis für Unterstützungen im Bezirk betrug insgesamt: Besonders hoch waren die Aufwendungen für Arbeitslosen-Unterstützung. Am stärksten tritt diese Kriegswirkung in den ersten 5 Kriegsmonaten hervor. Während die Beitragsentnahmen (der Hauptkasse) von 43.499,85 Mark im ersten Halbjahr 1914 auf 28.737,50 Mark im zweiten Halbjahr 1914 zurückgingen, stiegen die Ausgaben für Unterstützungen (der Hauptkasse) von 20.900,40 Mark im ersten Halbjahr auf 35.282,34 Mark im zweiten Halbjahr 1914. So manche Kollegen, die wegen Einschränkung

des Unterstützungswesens dem Verband den Rücken lehrten, müssen sich vor allem über die dennoch entstandenen Anforderungen an den Verband einmal richtig klar werden lassen. Im Vergleich zu den Bedürfnissen nach gewerkschaftlicher Arbeit auf den verschiedenen vorerwähnten Gebieten weist das Unterstützungswesen noch zu große Lücken auf. Mindestens einmal monatlich muß über diese Dinge Aussprache und Beratung in jedem Ort gepflogen werden. Ein instruktives Referat des Kollegen Ungert behandelte die Verarbeitung. Planmäßige Arbeit ist hier notwendig, viel mehr noch müssen die zahlreichen Kolleginnen und Jugenblüher erfaßt werden. In mehr als 1000 eingetragener Diskussion wurden alle einschlägigen Fragen behandelt und folgende Resolution zum Beschluß erhoben: „Die heutige, vom ganzen bayerischen Bezirk beschickte Konferenz beschließt in Übereinstimmung mit den Darlegungen der Referenten und den Diskussionsrednern, daß in den kommenden Wochen energisch und beharrlich an der Werbung neuer Mitglieder in allen Sektionen und Verwaltungsgestalten gearbeitet werden muß. Besonders die Gewinnung jugendl. Arbeiter sowie der weibl. Arbeiterinnen müssen wir uns angelegen sein lassen. Soll aber wirksame und umfassende Agitationsarbeit mit Erfolg geleistet werden, so müssen alle Vertrauensleute und Mitglieder sich zur diesbezüglichen Mitarbeit zur Verfügung stellen. Dies macht die Konferenz allen Ortsgruppen zur Pflicht.“ In packendem Schlußwort kennzeichnete der Verbandsvorsitzende Wiber zusammenfassend in vorzüglicher Weise die durch die Zeitverhältnisse geschaffene Lage. Kollege Trojmann erwähnte noch, all die vielseitigen Anregungen mit allen Kräften in die Tat umzusetzen und selbst die Konferenz mit einem begeisterten aufgenommenen Gruß auf den christlichen Metallarbeiterverband. Eine Reihe von einschneidenden Fragen hat die Konferenz während ihrer Verhandlungen. Bei unseren Kollegen ist noch viel zu wenig bekannt, wie sehr es darauf ankommt, was an Kräften eingesetzt werden kann zur besseren Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Alle wissen, gewerkschaftliche Arbeit ist jetzt erst recht bitter notwendig. Deshalb auf zur Tat. Sorgt durch Gewinnung neuer Mitglieder, daß unser Verband als Anwalt unserer Arbeiterinteressen auch für die Zukunft wohl gerüstet ist. Nur dieser Weg führt zum dauernden Erfolg.

Gelbeingänge bei der Hauptkasse Monat Mai. Delde 200, Dortmund 257, Borms 27.56, Frankfurt 625.68, Dallen 93.40, Nachen 502.09, Stolberg 460.81, Essen 3469.25, Chemnitz 95.56, Elm 44.87, Silberhelm 224.29, Amberg 1321.67, Hamm 672.02, Sachsb. 7.85, Elm 153.06, Kaiserslautern 80.28, Kattowitz 21.70, Wasseralfingen 1000, Dresden 15.34, Warstein 49.10, Reheim 392.20, Oker 189.51, Wallau 215.95, Oberweißbach 94.58, Hagen 700, Oberdorf 69.04, Hannover 354.06, Ogersheim 77.37, Danzig 200, Augsburg 416.90, Bonn 111.94, Sonthofen 28.34, Soppede 31.35, Bielefeld 100, Donabrad 300, Düsseldorf 800, Wäffel 78.89, Bergen 15.83, Kattowitz 16.95, Flensburg 230, Lauterbach 11.48, Leipzig 88.94, Rottweil 7.84, Bochum 567.72, Düsseldorf 650, Bremen 58, Hagen 500, Jagoda 60, Peine 51.93, Dülmen 97.24, Danzig 250, Mühlhausen i. C. 38.20, Menben 1000, Olpe 200, Werra 21.72, Dinslage 510, Solingen 700.61, Werdohl 250, Essen 60, Kattowitz 12.75, Hötensleben 21.42, Pforzheim 250.

Bersammlungs-Kalender Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne Grund keine Bersammlung! Mittwoch, den 14. Juni 1916: Hamburg. Abends 8 Uhr bei Sanghoff, Ecke Weckerstraße. Referent: Redakteur Kollege Wiber. Sonntag, den 18. Juni 1916: Pforzheim. Mittags 1.15 Uhr bei Molitor, Silberdor. Essen. Bersammlung des 1. Bezirks morgens 11 Uhr im Gesellenhause. — Des 2. Bezirks 11 Uhr bei Krole. — Des 3. Bezirks 11 Uhr bei Gurrmann. Wuppertal. Morgens 11 Uhr bei Kalkhoff.

In unserer Werkens-Abteilung werden gelernte Handwerker eingestellt, insbesondere Schlosser und Dreher, Werkzeugschleifer u. Rundschleifer gegen guten Lohn für angenehme und dauernde Beschäftigung. Bestimmung in der Werkstätte u. Schloßerei.

Mannesmann Waffen u. Munitionswerte, Remscheid. erste Schweizer Gesellschaft. Felten & Guillaume Carlswerk Aktien-Gesellschaft Elm. Mühlheim. Persönliche Beratungen bei unserer Arbeiterzentrale Chemnitz. Persönliche Beratungen in bad Kassel mit der Hauptkassa „Kugel“ Schweiger zu bestehen.

Deutsche Wachspapiere und farben für alle Derbstillungsapparate. Kollpapire, Durchschlag und Derbstillungspapier. Echo vom Niederrhein + Duisburg.